

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 13

18. Januar 1980

Dieter Haack MdB, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, unterstreicht die gesellschaftspolitischen Aspekte der Wohnungsbaupolitik: Ein Bündel von Herausforderungen.

Seite 1-3a

Klaus Daubertshäuser MdB erörtert zwei Entschließungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Verkehrslärmschutzgesetz: An der Quelle bekämpfen.

Seite 4

Eugen Glombig MdB interpretiert die jüngste Infratest-Repräsentativbefragung zum Sozialstaat: Bürger zufrieden.

Seite 5

Norbert Meisner MdA würdigt Heinrich Albertz zu dessen 65. Geburtstag am 22. Januar: Ein politischer Christ.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Ein Bündel von Herausforderungen

Gesellschaftspolitische Aspekte der Wohnungspolitik

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Im Godesberger Programm heißt es: "Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung". Seit Sozialdemokraten auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung stehen, haben sie ihre Chance, dieses Ziel zu verwirklichen, genutzt. Die Sozialdemokraten haben Grund dazu, mit Selbstbewußtsein auf das hinzuweisen, was sie für Millionen von Mietern, Millionen von kleineren Haus- und Wohneigentümern geleistet haben. Sie können sogar selbstbewußt genug sein, auch auf das hinzuweisen, was noch getan werden muß.

Von 1969 bis Ende 1979 wurden in unserem Land rund fünf Millionen Wohnungen gebaut. Dies ist eine gewaltige Leistung. Jede vierte neu gebaute Wohnung war eine Sozialwohnung. 1970 waren von 100 Neubauwohnungen lediglich 45 Eigentümerwohnungen. Heute sind es bereits 70. Wir sind in der Wohnungseigentumspolitik einen deutlichen Schritt vorangekommen. Das Wohngeld wurde während der letzten zehn Jahre dreimal angepaßt. 14 Milliarden Mark wurden bisher dafür aufgewendet. Eine neue Wohngeldverbesserung ist in Vorbereitung. Mit dem Bund-Länder-Programm wurden mehr als 700 Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz durchgeführt. Allein der Bund hat seit 1971 für die Stadterneuerung rund drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Die Modernisierung bestehenden Wohnraums wurde zur öffentlichen Aufgabe gemacht und seitdem vom Staat mit direkten Fördermitteln und indirekten steuerlichen Vergünstigungen gefördert. Der Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz wurde auf den Erwerb von vorhandenem Wohnraum ausgedehnt. Energieeinsparende Maßnahmen im Gebäudebestand wurden in den Katalog der staatlichen Förderung aufgenommen. Große Anstrengungen wurden unternommen, um die Lage in der Bauwirtschaft zu stabilisieren.



Dies ist eine ganze Summe von Leistungen, auf die wir verweisen können. Vieles bleibt jedoch noch zu tun. Wir dürfen uns nicht von den allgemeinen Zahlen der Statistik blenden lassen, die uns eine ausreichende Wohnungsversorgung unserer Bevölkerung vorspiegeln. Zwar hat die Wohnungsversorgung dank unserer Anstrengung insgesamt einen hohen Stand erreicht, jedoch treten heute umso deutlicher die Qualitätsunterschiede im Wohnungsbestand hervor. Unübersehbar sind die regionalen Unterschiede in der Wohnungsversorgung und ebenso deutlich, daß bestimmte Gruppen unserer Bevölkerung kaum oder nur unter großen Schwierigkeiten eine geeignete Wohnung finden können.

- o Ein erheblicher Anteil des Wohnungsbestandes entspricht nicht mehr den heutigen Qualitätsvorstellungen: Etwa drei Millionen Wohnungen haben kein Bad und neun Millionen Wohnungen keine Sammelheizung. Viele Wohnungen wurden seit Jahren nicht mehr ausreichend instand gehalten.
- o Wohnungen sind Energieverschwender und zehren damit am Einkommen der Mieter.
- o In ländlichen Gebieten ist die Wohnungsversorgung besser als in Großstädten. Dort sind erhebliche Probleme aufgetreten; die Zahl der gemeldeten Wohnungsnotstände sind alarmierend gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der fertiggestellten Sozialmietwohnungen 1978 im Vergleich zu 1977 in diesen Großstädten auf ein Drittel zurückgegangen.

Der Wohnungsmarkt ist weder ausgeglichen noch garantiert er für alle Haushalte eine qualitativ und quantitativ ausreichende Wohnungsversorgung. Unsere Analysen zeigen:

- Größere Haushalte sind schlechter versorgt als kleinere.
- Alte Menschen wohnen besonders häufig in unzulänglichen Wohnungen.
- Ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien werden auf abrißverdächtige Wohnungsbestände abgedrängt.
- In "reicheren" Stadtregionen ist das Wohnungsangebot deutlich besser als in "ärmeren" Stadtregionen.
- Familien mit niedrigem Einkommen müssen unverhältnismäßig hohe Mietbelastungen tragen.
- Die Vermögensverteilung im Bereich des Haus- und Grundbesitzes ist weiterhin problematisch: 20 Prozent der am Haus- und Grundbesitz vermögensreichsten Haushalte besitzen 80 Prozent des Brutto-Haus- und Grundvermögens.
- Wohneigentum ist besonders häufig in ländlichen Gebieten anzufinden, in städtischen Gebieten oft die Ausnahme.

Vor uns steht ein Bündel von Herausforderungen. Wir werden uns ihnen stellen. Aber natürlich werden wir Augenmaß beweisen müssen, wenn es gilt, unsere realen Ziele zu formulieren. Die Rahmenbedingungen der wirtschafts- und finanzpolitischen Notwendigkeiten stecken unseren Handlungsspielraum ab. Wer jedoch nach der Qualität der Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden fragt, der muß gleichzeitig bereit sein, den Anteil des Sozialproduktes auch nach diesen Maßstäben auszurichten.

Vor dem Hintergrund absehbarer Entwicklungslinien wird die Wohnungs- und Städtebaupolitik der nächsten Jahre von folgenden Zielen bestimmt werden:

1. Wir werden intensiv auf einen Abbau der Unterversorgung von bestimmten Haushalten und Regionen hinwirken. Einkommensschwachen Familien mit Kindern werden wir stärker



als bisher unsere Aufmerksamkeit schenken müssen. Alleinerziehende Elternteile, ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien, Rentnerhaushalte, Behinderte mit besonderem Wohnbedarf sind Gruppen, denen eine sozialdemokratische Wohnungspolitik im besonderen Maße verpflichtet ist. Aus regionaler Sicht müssen wir für einen besseren Ausgleich der Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land sorgen.

2. Wohnungs- und Städtebaupolitik muß auf stärkere Stadterneuerung und Stadterhaltung abzielen. Hier ist einer der klassischen Bereiche des Marktversagens unserer Wirtschaft. Privates Kapital ist häufig nicht vorhanden, um in alten Quartieren die notwendigen Investitionen der Eigentümer in Gang zu setzen, Stärkung des Ersatzwohnbaus, Stärkung der Aufgaben der Stadterhaltung und der Stadterneuerung sowie die Einbeziehung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes sind deshalb notwendig.
3. Die Eigentumpolitik muß fortgeführt werden. Neben wohnungspolitischen Gründen sprechen auch vermögenspolitische Gründe dafür, auf eine breitere Streuung des Wohneigentums hinzuwirken. Wir können uns der Tatsache, daß noch eine große Anzahl von Haushalten den Wunsch und das Streben nach Wohneigentum hat, nicht verschließen. Wir sind deshalb nicht der Auffassung, daß wir die Bausparförderung einstellen können. Es mutet seltsam an, daß gerade Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung sich gegen Bestrebungen der Opposition, beispielsweise von Herrn Biedenkopf, wehren müssen, mit der Eigentumbildung im Wohnbereich Schluß zu machen. Meiner Ansicht nach ist die Alternative "Eigentumsförderung oder Mietwohnungsbau" eine Scheinalternative. Worauf es ankommt ist, in vernünftiger Kombination von Eigentumsförderung und Mietwohnungsbau einen höchst möglichen wohnungspolitischen Erfolg zu erzielen.
4. Das Fördersystem muß bereinigt und vereinfacht werden. Dabei geht es darum, den Mitteleinsatz mehr auf die individuelle Leistungsfähigkeit der geförderten Haushalte abzustellen; Die einzelnen Hilfen, die der Staat gewährt, müssen in ihrer Gesamtheit überschaubarer gestaltet werden.
5. Umweltpolitik muß mit der Wohnungs- und Städtebaupolitik stärker verklammert werden. Stadtentwicklung darf nicht identisch sein mit Zersiedlung der Landschaft, mit stärkerem Lärm, stärkerer Luftverschmutzung, dem Verlust wichtiger ökologischer Ausgleichsflächen.

Um diese Ziele oder Zielbereiche zu erreichen, müssen wir neue Instrumente entwickeln oder bestehende anpassen. Dies ist jedoch keine Aufgabe, die schon morgen abgeschlossen werden kann. Reformen vorbereiten, umsetzen heißt, mit längeren Zeithorizonten zu rechnen. Dabei sehe ich folgende Ansätze:

1. Wir brauchen für die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden eine entschlossene Politik zur Bereitstellung von Boden und ein Instrumentarium, welches die Probleme von überhöhten Bodenpreisen endlich angeht. Niemand kann verschweigen, daß die Entwicklung der Bodenpreise auch eine Folge der relativ zögerlichen Ausweisung von Bauland für Wohnzwecke durch die Gemeinden gewesen ist. Es ist unverständlich, daß in den Großstädten und Randgebieten der Städte in ungeahntem Maße nicht genutztes oder fehlgenutztes Bauland vorhanden ist. Ich bin dafür, daß wir das auf den Bodenwerb, die Bodennutzung und die Mobilität bezogener steuerliche Instrumentarium auf seine wohnungs- und städtebaupolitische Zweckmäßigkeit überprüfen. Eine allein an fiskalischen Interessen orientierte Steuerpolitik wird uns hier nicht weiterführen.
2. Im sozialen Mietwohnungsbau werden wir erhebliche neue finanzielle Anstrengungen aufbringen müssen. In Großstadtreionen sind es nicht nur die einkommensschwächsten Haushalte, die in den Warteschlangen der Wohnungsämter stehen. Selbst mittlere Einkommensbezieher sind hier häufig nicht in der Lage, zu angemessenen Preisen eine angemessene Wohnung zu erhalten. Deshalb müssen wir hier die Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau auch für breite Schichten der Bevölkerung bereitstellen. In anderen



Regionen werden wir die Mittel des sozialen Wohnungsbaus auf die bislang noch unterversorgten Gruppen konzentrieren müssen. Der Mietwohnungsneubau zur Versorgung von einkommensschwächeren Haushalten wird jedoch allein auf Dauer nicht zum Ziele führen können, zumal die Kosten- und Preisentwicklung einen ständigen Druck auf den realen Wert der vorhandenen Fördermittel ausüben. Ich trete deshalb dafür ein, daß die Verantwortung der Kommunen für die Versorgung einkommensschwächerer Haushalte weiter verstärkt werden sollte. Dabei müssen wir auch versuchen, neue finanzielle Quellen für die Intensivierung des sozialen Mietwohnungsbaus zu erschließen.

3. Wir müssen auf eine gerechte Nutzung des Sozialwohnungsbestandes hinwirken und uns gegen die vielfach geforderte, undifferenzierte Auflockerung von Belegungs- und Mietpreisbindungen mit Entschiedenheit wehren. Die Fehlnutzung von Mietsozialwohnungen und die damit verbundene Problematik der sogenannten Fehlsubventionierung von Mietern von Sozialwohnungen bleibt ein Problem. Niemand will die bisherigen Mieter aus ihren Wohnungen vertreiben. Was jedoch angestrebt werden muß, ist eine dem Einkommen entsprechende Mietbelastung dieser Haushalte. Die künftige Förderung sollte so angelegt sein, daß Fehlsubventionierungen vermieden werden.
4. Die Eigentumpolitik muß unter verbesserten familien- und vermögenspolitischen Gesichtspunkten fortentwickelt werden. Dabei ist eine pauschale Aufstockung der förderungsfähigen Baukosten abzulehnen. Familienpolitisch und verteilungspolitisch wünschenswert wäre jedoch die Einführung eines kinderzahlbezogenen Steuerabzugsverfahrens. Hierdurch würde jeder Haushalt, der die Begünstigung des Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz in Anspruch nimmt, zusätzlich pro Kind und Jahr von seiner Steuerschuld einen Betrag abziehen können. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte die heutige Freibetragsregelung des Paragraph 7 b in einen für alle Einkommensgruppen gleichen Sockelzuschuß bei Berücksichtigung der Kinderzahl umgewandelt werden.
5. Wir werden die Wohnkaufkraft der Haushalte durch eine Verbesserung des Wohngeldes stärken. Die Wohngeldnovelle wird zum 1. Januar 1981 in Kraft treten und insbesondere Haushalte mit vier und mehr Personen entlasten.
6. Im Rahmen der notwendigen Intensivierung der Stadterneuerung, Stadterhaltung und Modernisierung ist ein ganzes Maßnahmenbündel erforderlich, um zielgerechte, effektiver und mit größerer Breitenwirkung fördern zu können.
 - o Zur Stärkung der Attraktivität schlechter Wohnquartiere brauchen wir eine deutliche Verbesserung der Wohnumfeldbedingungen, beispielsweise durch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, durch Hinterhofentkernung, Anlage neuer Freiflächen.
 - o Wir müssen den Ersatzwohnungsbau in innerstädtischen Erneuerungsgebieten verstärken, auch im Rahmen des sozialen Mietwohnungsbaus.
 - o Mittelfristig kommen wir nicht daran vorbei, zu einer vernünftigen Aufgabenteilung zwischen Programmförderung und Steuerförderung im Rahmen von Modernisierungs- und Energieeinsparinvestitionen zu kommen.
 - o Bei allen Maßnahmen müssen wir darauf achten, daß es wegen anschließender Mietsteigerungen nicht zu Mieterverdrängungen kommt.
 - o Wir müssen auch prüfen, wie die Förderung der Mieter bei der Durchführung von Modernisierungs- und Energieeinsparinvestitionen möglich ist. Begünstigte Mieterdarlehen und die Verwendung von Bausparmitteln können mögliche Ansatzpunkte für eine "Mietermodernisierung" sein.
7. Der Wohnungs- und Städtebaupolitik kommt für die Energiepolitik eine zentrale Rolle zu. Jedoch können einkommensschwächere Haushalte trotz gesteigerter Rentabilität von Energieeinsparinvestitionen wegen fehlenden Eigenkapitals die notwendigen Investitionen nicht aus eigener Kraft durchführen. Deshalb ist es notwendig, die Programmförderung auf einkommensschwächere Haushalte deutlich zu konzentrieren. Es gibt kaum einen anderen Politikbereich, der mit soviel "gesellschaftlichen Aspekten" verbunden ist, wie der Wohnungsbau. Vermögenspolitik, Verteilungspolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Wachstums- und Konjunkturpolitik, verbinden sich mit der Aufgabe des Wohnungsbaus. Das sozial Wünschbare ist oft nicht das finanziell Machbare. Kompromisse sind nicht zu vermeiden. Wir müssen uns damit abfinden, daß die Umsetzung bestimmter Zielvorstellungen vielfach nur mittelfristig möglich sein wird.

(-/18.1.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



An der Quelle bekämpfen

Koalitionsfraktionen ergreifen Initiative zur weiteren
Verbesserung des Verkehrslärmschutzgesetzes

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Vorsitzender der ad hoc-AG Verkehrslärmschutz der SPD-Fraktion

Bei der ersten Abschlußlesung des Verkehrslärmschutzgesetzes im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages am 16. Januar 1980 haben die Fraktionen der SPD und FDP durch zwei Entschließungsanträge nochmals insbesondere die Bekämpfung des Lärms an der Quelle unterstrichen. So wird die Bundesregierung aufgefordert,

o ihre Bemühungen bei der EG-Kommission nachdrücklich fortzusetzen, damit so bald wie möglich mindestens folgende Zielwerte durch die zuständigen EG-Gremien festgesetzt werden:

<u>Kfz-Art</u>	<u>Zielwert für 1985</u>	<u>Kfz-Art</u>	<u>Zielwert für 1985</u>
Pkw	75 dB(A)	Lkw bis 3,5 t	78 dB (A)
Busse bis 3,5 t	76 "	Lkw über 3,5 t	80 "
Busse über 3,5 t	80 "	Lkw über 200 PS	
Busse über 200 PS	80 "	und über 12 t	80 "

- o bei der EG-Kommission darauf hinzuwirken, die Arbeiten für eine weitere fühlbare Senkung der Geräuschgrenzwerte von Krafträdern so bald wie möglich aufzunehmen,
- o die Verschärfung der Geräuschvorschriften für Mofas, Mopeds und Kleinkrafträder alsbald in der Straßenverkehrszulassungsordnung wie folgt zu regeln:
Mofas von 70 auf 67 dB(A), Mopeds von 73 auf 68 dB(A), Kleinkrafträder von 79 auf 74 dB(A).
- o weiterhin auf die Bundesländer einzuwirken, die Überwachung der im Verkehr befindlichen Fahrzeuge im Hinblick auf ihre Geräuschemissionen zu verstärken,
- o sich bei der EG-Kommission weiterhin dafür einzusetzen, daß eine Gemeinschaftsregelung zur Begrenzung der Geräusche von Schienenfahrzeugen eingeführt wird.
- o die notwendigen Forschungsarbeiten zur Verminderung des Lärms zum Beispiel durch Reifenforschung, Fahrbahnbelagforschung unter anderem voranzutreiben,
- o darauf hinzuwirken, daß Anreize zum Kauf leiserer Fahrzeuge geschaffen werden.
- o den Bürger weiterhin über den Lärm, seine Wirkungen und die Möglichkeiten der Lärminderung aufzuklären, und dabei besonders den Zusammenhang zwischen Fahrweise und Geräuschementwicklung deutlich zu machen,
- o nach drei Jahren einen Erfahrungsbericht über das Verkehrslärmschutzgesetz vorzulegen.
- o nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes die erforderlichen Folgeverordnungen zu erlassen und darauf hinzuwirken, daß die dem Lärmschutz dienenden verkehrsregelnden und -lenkenden Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden.

Darüber hinaus ist in einem zweiten Entschließungsantrag dem besonderen Problem der Lärm-
sanierung an bestehenden Schienenwegen der Deutschen Bundesbahn Rechnung getragen worden.

Hier wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Lärm-
sanierung an bestehenden Schienenwegen der Deutschen Bundesbahn, insbesondere an Hauptbahnen und Rangierbahnhöfen, nach In-
krafttreten des Verkehrslärmschutzgesetzes ein Sonderprogramm vorzulegen.

Damit soll sichergestellt werden, daß die Deutsche Bundesbahn auf der Grundlage der je-
weils in den Bundeshaushaltsplan eingestellten Mittel in Anlehnung an die für bestehende
Straßen getroffenen Regelungen - jedoch mit um 5 dB(A) erhöhten Immissionsgrenzwerten für
den Schienenverkehrslärm - Lärmschutz an bestehenden Schienenwegen gewähren kann.

(-/18.1.1980/hi/ca)



Bürger mit dem Sozialstaat zufrieden

Zur Repräsentativbefragung von Infratest über den Sozialstaat

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die in einem Umfrageergebnis von Infratest ausgewiesene hohe Zufriedenheit der Bevölkerung mit den sozialen Leistungen unseres Staates ist Beleg dafür, daß die soziale Sicherheit, die das Netz sozialer Leistungen geknüpft hat, von der überwiegenden Mehrheit auch anerkannt wird. Die vom Bundesarbeitsminister veröffentlichte Umfrage über Einschätzung des Sozialstaates, die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung und vor allem der Rentner hat gezeigt, daß Dreiviertel der Bevölkerung eine Einschränkung bei den sozialen Leistungen, wie Kindergeld, Rente, Arbeitslosengeld und den Sozialinvestitionen - Krankenhäuser, Sozialwohnungsbau, Altenheime, Kindergärten - ablehnen.

In der sozialen Sicherung wollen die Bürger auf den erreichten sozialen Standard und Wohlstand nicht verzichten. Überhaupt stellt sich für den Bürger nicht die Frage nach der Ablösung unseres sozialen Systems. Gewünscht wird vielmehr der weitere Abbau und eine Steigerung der Effizienz der sozialen Leistungssysteme. Dabei werden immer wieder insbesondere bürokratische Hemmnisse angesprochen, die den Bürger bei der Inanspruchnahme sozialer Leistungen stören.

Durch das Sozialgesetzbuch ist allerdings jeder soziale Leistungsträger verpflichtet, den Leistungsempfängern durch Aufklärung und Beratung und auch durch die Weiterleitung von Anträgen an die zuständigen Stellen zu helfen. Das Netz der sozialen Leistungen ist in der zehnjährigen Ära der sozialliberalen Koalition inzwischen so eng geknüpft worden, daß in vielen Bereichen ein nahtloses Ineinandergreifen der verschiedenen sozialen Leistungen die Risiken aus den Wechselfällen des Lebens abwehrt.

Allerdings befürchten nur 14 Prozent der Befragten überhaupt, durch den Sozialstaat zu stark betreut und in ihrer Freiheit eingeschränkt zu werden.

In diesem Zusammenhang sei erinnert an die Parole der Opposition, die mit der Gegenüberstellung von "Freiheit oder/statt Sozialismus", begleitet von der Kampagne um die Findung der angeblichen Grenze des Sozialstaates, seine Demontage einleiten und den sozialen Frieden gefährden soll. Für Sozialdemokraten hat aber die soziale Sicherung oberste Priorität; sie darf nicht bei jeder konjunkturellen Veränderung infrage gestellt werden. Auch wenn der zu verteilende erwirtschaftete Zuwachs, etwa durch den Anstieg der Energiekosten eingeschränkt wird, lassen wir Sozialdemokraten uns nicht davon abbringen, den mit den sozialen Leistungen geschaffenen sozialen Besitzstand zu wahren und ihn Schritt für Schritt weiter auszubauen.

Die positive Einschätzung bei den befragten Rentnern ist deshalb interessant, weil sie zeigt, daß die immer wieder von der Opposition in unverantwortlicher Weise geschürte Angst bei den Rentnern keine Verunsicherung ausgelöst hat: 86 Prozent der Rentner erklärten in der Umfrage, sie seien mit ihrer Situation und mit dem Rentensystem der lohnbezogenen Rente zufrieden.

Wenn allerdings trotz des in den Jahren von 1969 bis 1979 bei den Rentnern durch die Rentenanpassungen eingetretenen Einkommenszuwachses von 134 Prozent gegenüber einem Zuwachs bei den Arbeitnehmern von 98 Prozent noch 17 Prozent der Rentner ihre Lage als schlecht einschätzen, läßt diese Einschätzung nicht in jedem Fall Rückschlüsse auf die tatsächliche Einkommenssituation zu. Denn nicht jeder Rentner lebt allein von seiner Rente aus der Rentenversicherung.

Wir müssen allerdings bei der von uns bis 1984 ins Auge gefaßten Rentenreform zur Verbesserung der sozialen Sicherung der Frau auch weitere Schritte zur Verbesserung der Rente nach Mindesteinkommen machen, damit Kleinrentner, die allein auf ihre Rente angewiesen sind, ihr Alter in Würde erleben können.

(-/18.1.1980/hj/ca)



Ein politischer Christ

Heinrich Albertz zum 65. Geburtstag am 22. Januar

Von Dr. Norbert Meisner MdB

Kreisvorsitzender der SPD Zehlendorf und Vorsitzender des Arbeitskreises
"Christen in der SPD" in Berlin

Zum 50. Geburtstag von Heinrich Albertz, damals Bürgermeister von Berlin und Senator für Inneres, schrieb Egon Bahr: "Laß Dir nicht das Maul stopfen und schon gar nicht mit Stroh, scheue Dich nicht, wider den Stachel zu löcken, Du wirst nicht tauben Ohren predigen, auch ein Stein des Anstoßes ist nötig, kurzum, scheue Dich nicht, daß der Prophet nichts gilt in seinem Lande, sondern denke daran, daß man dem Ochsen nicht das Maul verbinden soll, und gedroschen muß wahrlich werden."

Dies war gesagt, bevor Heinrich Albertz Regierender Bürgermeister wurde, vor dem 2. Juni 1967, vor seinem Rücktritt, vor dem Bürgerkomitee und vor dem Flug nach Aden. Kann die Sozialdemokratie 15 Jahre später unbefangenen die Aufforderung an den politischen Christen Albertz wiederholen, unbequem zu bleiben? Denn unbequem ist er ihr in Wort und Tat gewesen.

Der Flüchtlingspastor Albertz in Celle, der sich 1946 nicht vorstellen konnte, daß der ungeheuren Not anders als durch einen "echt sozialistischen Ausgleich der Lasten" begegnet werden könnte, fand nicht zur damaligen, den Bekundungen nach gleichfalls sozialistischen CDU. Wie manchen anderen Christen schreckte ihn das "C" im Parteinamen ab. Und Schumachers Wort, daß es nicht von Belang sei, ob der einzelne von der Bergpredigt oder von Kant oder von der Marx'schen Analyse ausgehe, hat ihm sicher geholfen, in der Sozialdemokratie seinen Standort zu finden und, Gott sei Dank, zu behalten.

Ob die SPD mit der Last, Partei der Freiheit des Geistes zu sein, immer gut fertig geworden ist, steht auf einem anderen Blatt. In den letzten Jahren wollten so manche den Schumacher-Satz zur Banalität umdeuten: Egal wo Du herkommst - Du kannst bei uns mitmachen. Schumacher, meinte aber nicht die Indifferenz des Ex-Christen, Ex-Humanisten oder Ex-Marxisten, die ungeachtet ihrer geistigen Herkunft Politik machen können, son-



dern wollte Menschen für den demokratischen Sozialismus gewinnen, die eine neue, bessere Wirtschafts- und Sozialordnung anstrebten, weil sie eine weltanschauliche Heimat haben.

In diesem Wagnis, sich von derart standfesten Menschen anstoßen zu lassen, liegt die Schwierigkeit, die die SPD mit dem politischen Christen Heinrich Albertz bis heute und hoffentlich noch lange hat: Hier macht einer deutlich, daß er als Christ zu politischen Aussagen und Verhaltensweisen kommt, die seiner Partei tagespolitisch nicht opportun sind!

- o So ist Heinrich Albertz nicht müde geworden, davor zu warnen, daß dieser Staat sich nach jedem terroristischen Angriff rechtsstaatlich ein Mittel genehmigt, um Rechtsstaatlichkeit abzubauen und Liberalität einzuschränken. Diese Warnung wiegt um so schwerer, als sie ein ehemaliger Polizeisenator ausspricht, der dann die freigeprüften Terroristen nach Aden begleitet und Peter Lorenz mit gerettet hat.
- o Wenn in Berlin ein guter Lehrer rechtsstaatlich, aber höchst ungerecht aus dem Amt entfernt wird, weil er Kommunist ist, dann scheut sich Heinrich Albertz nicht, öffentlich gegen das Unrecht zu protestieren..
- o Genauso warnt er jetzt davor - und weiß sich darin mit den evangelischen Kirchen in Ost und West einig -, weiter aufzurüsten und neue Atomwaffen in der Bundesrepublik zu stationieren, - und sieht sich damit wieder zwischen den Stühlen, den Verdächtigungen ausgesetzt.

Daher geht der dringliche Geburtstagswunsch an die Bürger, insbesondere in Kirche und Partei von Heinrich Albertz: Daß sie ihn ernst nehmen! Daß sie ihn, der sich einen konservativen, altmodischen Menschen nennt, nicht in ein linkes Schubfach ablegen, und seine Sorgen, Fragen, Botschaften jeweils dazu.

Und für ihn selbst? "Laß Dir nicht das Maul stopfen..." (-/18.1.1980/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

